Ueber die Tafeln von Salpensa und Malaga.

Von

Herrn Regierungsrath und Professor D. F. Arndts in Wien.

Vor zehn Jahren erstattete die kritische Ueberschau der deutschen Gesetzgebung und Rechtswissenschaft (Bd. IV. S. 130—139) Bericht über den lebhaften Angriff, welchen der gelehrte und geistreiche Laboulaye gegen die Richtigkeit der im Jahre 1851 in Malaga entdeckten Inschriften, der bald berühmt gewordenen Stadtrechte der latinischen Colonieen Salpensa und Malaga, gerichtet hatte, sodann aber auch (Bd. IV. S. 412—422) über die der Vertheidigung derselben gewidmete Schrift von Giraud, nach welcher, wie wir uns damals aussprachen, eine Bestreitung der Richtigkeit kaum noch möglich schien. Ob Laboulaye durch diese geistvolle Entgegnung seines Collegen sich hat überzeugen lassen, ist mir nicht bekannt. Die deutschen Gelehrten haben sich den Glauben an die Richtigkeit jedenfalls nicht nehmen lassen, und werden die von Mommsen restituirten und commentirten beiden latinischen Stadtrechte meines Wissens überall als zuverlässige Quellen der römischen Rechtsgeschichte betrachtet und benutzt. Neuerdings hat nun aber ein deutscher Gelehrter der jüngeren Generation den Angriff Laboulaye's erneuert, durch einen Aufsatz, welcher in der Pariser *Revue historique de droit français et étranger* erschienen und zugleich besonders herausgegeben ist unter dem Titel:

Notice sur l'époque et la méthode de la fabrication des tables de Malaga. Lettre à M. Édouard Laboulaye par M. G. M. Asher privatdocent de droit à Heidelberg. Paris 1866. (23 Seiten.)

Der Verfasser dieser Schrift glaubt erwiesen zu haben, daß die Inschriften zweifellos für gefälscht zu halten seien. Aber

nach dem Ergebnis seiner Untersuchungen konnte freilich „le gaillard, qui a composé ces lois municipales“, sich nicht mehr persönlich bei dem gelehrten Giraud vorstellen, um die versprochene „blanche au doctorat“ in Empfang zu nehmen; die Laurea könnte nur etwa im Tempel der Themis zu Ehren eines großen Unbekannten aufgehängt werden. Herr Asher weicht nehmlich von Laboulaye darin ab, daß er nicht wie dieser die Tafeln von Malaga für ein erst in unserer Zeit verfertigtes falsches Fabrikat hält; sondern deren Entstehung vielmehr in eine weit frühere Zeit verlegt. Jenes ist auch ihm vollkommen eben so unwahrscheinlich, wie es Giraud dargestellt hat (Krit. Ueberschau IV. S. 413). Sein Geruch ist auch nicht unempfindlich für den délicieux parfum, den eine Stelle ausathmet, und er denkt mit Giraud: „Cela ne s'invente pas, ne s'imité pas“ (a. a. O. S. 421). Er nimmt an, daß der Fälscher eine jetzt verlorne ächte Inschrift benutzt und dieselbe mit seiner Fälschung verwebt habe. Er sagt S. 19: „L'idée de M. Laboulaye, que les Tables doivent leur origine à une fraude recente et que les textes sont purement fictifs, est à peine moins inadmissible que leur authenticité“. Seine Idee ist vielmehr diese: daß um die Mitte des sechzehnten Jahrhunderts (von 1530 — 1570) ein allerdings sehr geschickter Fälscher mit Hilfe einer ächten Inschrift die Tafeln fabricirt und im Boden verborgen habe, damit sie, entdeckt, als ein glänzendes Zeugnis uralter Municipalfreiheiten spanischer Städte, insbesondrer der Stadt Malaga, Eindruck machen sollten. Dies bringt er geschickter Weise in Verbindung mit Kämpfen, welche in demselben Jahrhundert, zur Zeit des großen Cardinals Ximenes, die Stadt Malaga um die Wahrung ihrer Municipalfreiheiten zu bestehen hatte. Eine große Aufregung erhob sich in dieser Stadt namentlich im Jahre 1516, veranlaßt durch angebliche Anmaßungen eines Admiralitätsgerichtes und dessen Konflikte mit der bürgerlichen Gerichtsbarkeit, worüber der Verfasser S. 15 fg. einen Bericht aus Gomez' Lebensbeschreibung des genannten Cardinals mittheilt. Die Bürger setzten sich in die Verfassung, nöthigenfalls mit Gewalt der Waffen einen Angriff auf ihre Stadt abzuwehren, „idque tanta contentione et ardore, ut singuli cives plurima vasa aerea in unum congregantes ingens tormentum conflaverint, hoc titulo suprascripto: Malacitanac libertatis assertores“. Die Zeit der Fertig-

gung der falschen Inschriften aber sucht der Verfasser nach folgenden Momenten näher zu bestimmen:

Vor 1530 sei dieselbe nicht wohl anzunehmen; denn vor dieser Zeit sei die Manie falscher Inschriften gewiß noch nicht zu der Höhe gestiegen, wie vorausgesetzt werden müßte, um ihr riesigstes Erzeugnis hervorzubringen (*pour faire naitre son produit le plus gigantesque*), im Vergleich mit welchem alle andern bekannten Beispiele solcher Art (*de ces méchants jeux d'esprit*) als Kinderei erscheinen. Andererseits sei nicht an eine spätere Entstehungszeit zu denken; denn in der Tafel von Salpensa, namentlich cap. XXIII und cap. XXVIII kommen nach der Ansicht des Verfassers grobe Fehler und Irrthümer vor, welche beweisen, daß dem Verfasser Ulpian's Fragmente noch nicht bekannt waren, die doch schon 1549 und 1558¹⁾ in Paris gedruckt erschienen und dem offenbar sehr sachkundigen und gelehrten Autor gewiß vor 1570 zugekommen waren. Dies ist der eigentliche Kernpunkt in der Ausführung des Verfassers. Daher stellt er jene beiden capp. in den Vordergrund und deren Inhalt ist es, worauf sich vorzüglich seine Erörterungen beziehen. Es ist auch einleuchtend, daß, wenn darin wirklich Widersprüche mit dem, was wir aus unzweifelhaft ächten Quellen, wie Ulpian und Gaius, wissen, nachgewiesen werden, eben damit auch die Unächtheit der angeblichen Stadtrechte erwiesen ist, daß ferner, wenn darin Irrthümer vorkommen, die, nach den Justinianischen Rechtsquellen allenfalls erklärlich, durch die Ulpianischen Fragmente als solche aufgedeckt werden, eben damit auch ein ziemlich sicherer Anhaltspunkt für Bestimmung der Entstehungszeit des falschen Fabrikats gewonnen sei; denn das ist nicht zu bezweifeln, daß der Gelehrte, der dieses herzustellen im Stande war, auch von den in seiner Zeit entdeckten vorjustinianischen Quellen alsbald Kenntniz genommen und mit deren Hülfe eben jene Irrthümer und Fehler so gewiß vermieden haben würde, als sein Produkt selbst mit denselben immerhin als ein wahrhaft bewundernswerthes *jeu d'esprit* anerkannt werden müßte.

¹⁾ So liest man S. 15. Aber nach Hugo's *index editionum* (hinter dessen Ausgabe von Pauli *sentt.*) p. 152 erschien die zweite Pariser Ausgabe des Ulpian (von Charondas) schon 1555; und hatte schon 1554 auch Cujacius denselben herausgegeben, und zwar in Toulouse, das dem Spanier noch näher lag, als Paris.

Es verlohnt sich nun wohl der Mühe, die Ausführung des Verfassers einer genaueren Prüfung zu unterwerfen, um zu sehen, ob wir deren Ergebnis als richtig anerkennen und uns somit darein ergeben müssen, unsern Quellschatz um zwei sehr interessante Stücke vermindert zu sehen. Auf diejenigen Verdachtsgründe, welche schon in den früheren Streitschriften genügend erörtert worden sind und von dem Verfasser nur beiläufig ebenfalls mit angeführt werden, näher einzugehen, kann ich mich dabei enthalten, so z. B. die ungewöhnliche Beschaffenheit des Fundes und des Fundortes, die Fehlerhaftigkeit des Textes, die unlateinische Art des Abbrechens einzelner Worte, die Bezeichnung von Rubricae; es genügt, darüber auf Giraud's Schrift und deren Anzeige in der kritischen Ueberschau zu verweisen. Ich beschränke mich darauf, die Vorwürfe zu beleuchten, welche der Verfasser unter Nro. IV und V in Ansehung der Ausdrucksweise und des Inhalts unserer Inschriften, speciell des cap. XXIII und XXVIII der Lex Salpensana, erhebt.

I. Unter Nro. IV, mit der Ueberschrift: „*Latinité vicieuse, style légal barbare ou erroné*“,

finden wir folgende Klagen vorgebracht:

1) In cap. XXIII cit. verurtheilt der Verfasser den Satz: „is (iis?) in libertos . . . deque bonis eorum . . . idem ius eademque condicio esto“ als „phrase eminentement vicieuse“. Warum? darüber erklärt er sich nicht. So viel ich sehe, mag ihm allenfalls anstößig erscheinen der Ausdruck: „in libertos . . . eadem condicio“ und „de bonis . . . idem ius eademque condicio“. Aber das erste Bedenken beseitigt sich leicht, da es nicht nöthig ist, „eadem condicio“ auch mit „in libertos“ zu verbinden; es genügt das idem ius in libertos, das ganz unbedenklich ist; doch scheint es mir, da condicio sehr oft in dem Sinn von „rechtlicher Lage“, „Rechtsbeziehung“ gebraucht wird, nicht unzulässig, das „idem ius eademque condicio“ pleonastisch zugleich auf libertos libertasve mit zu beziehen. Was das andere Bedenken betrifft, so ist mir zwar kein andres Beispiel gleicher Art gegenwärtig; Gaius III. §. 40 fg. spricht oft von ius in bonis libertorum, nicht de bonis, und eben so Justinian's Institutionen III. 7; dennoch halte ich den Tadel des Verfassers für unberechtigt. Nimmt man ius im objectiven Sinne, so ist gegen die Zusammenfügung mit de bonis nichts einzuwenden;

die beiden Bedeutungen des Wortes gehen aber so leicht und so häufig gleichsam in einander über, daß dieselbe Verbindung, auch wo man zunächst an das Recht im subjektiven Sinn denken möchte, wie in der vorliegenden Stelle, durchaus nicht anstößig erscheint. „Iis . . . de bonis . . . idem ius esto“ kann man übersetzen: „es soll für sie in Betreff der Güter dasselbe Rechtens sein“, oder auch „sie sollen in Betreff der Güter dasselbe Recht haben“. Im Edict fand man einen Titel de bonis libertorum; so lag dem Gesetzverfasser die Frage nahe, was in diesem besonderen Fall de bonis libertorum gelte? und die Antwort ist: idem ius esto eademque condicio esto. In diesen Dingen ist manches Gefühlsache; ich muß gestehen, daß mir die fragliche Fassung entschieden gerade den Eindruck macht, als könne sie nicht wohl von einem Fälscher des 16. Jahrhunderts herrühren.

2) Anstößig findet der Vf. den Ausdruck „in civitatem Romanam venerit“ in cap. XXIII. Im classischen Latein heiße in civitatem aliquam venire nichts andres als „im Gebiet einer Stadt ankommen“, wie bei Ulpian. in L. 4. §. 5. D. de off. procons. 1. 16. Erst in dem barbarischen Latein Justinian's werde mit den Worten: in civitatem romanam pervenire der Sinn verbunden: „das Bürgerrecht erlangen“. §. 4. I. de succ. libert. 3. 7. Allerdings Gaius I. §. 68 (und so wohl auch in dem unleserlichen §. 71) schrieb in diesem Sinn: ad civitatem romanam pervenire. Aber wenn Cicero pro Balbo cap. 8 dem Ankläger seines Klienten vorwirft: negat, ex foederato populo quemquam potuisse, nisi is populus fundus factus esset, in hanc civitatem venire, so hat er damit doch schwerlich sagen wollen, jener sei der Meinung, daß jeder Bürger einer verbündeten Stadt einer Bewilligung durch Bürgerbeschluß bedurft habe, um eine Reise in das Gebiet Rom's zu unternehmen. O, praeclarum interpretem iuris! ruft Cicero aus, weil der Ankläger den alten staatsrechtlichen Grundsatz, daß einer freien verbündeten Stadt das römische Bürgerrecht nicht durch römischen Volksbeschluß gegen ihren Willen (si is populus fundus factus non esset) aufgedrängt werden konnte, so mißverstanden hatte, als ob die Verleihung des römischen Bürgerrechts an einen einzelnen Angehörigen der verbündeten Stadt mit dessen Willen nicht anders als durch Beschluß seiner bisherigen Mitbürger wirksam hätte geschehen können. „In civitatem nostram venire

bedeutet also bei Cicero l. c. und eben so in cap. 12. 19. 22. so viel, als: „in unsere Bürgerschaft eintreten“ oder „unser, d. i. das römische, Bürgerrecht erlangen“. In demselben Sinn spricht Fest. v. municipium von solchen, quorum universa civitas in civitatem romanam venit. Demnach ist das Latein unserer Inschrift, wie das Justinian's in diesem Falle nicht barbarisch, sondern classisch im strengsten Sinne unserer Philologen. So wenig wie jener ist

3) der Tadel gegründet, welchen der Vf. gegen die Worte: si civitate mutatus mutata²⁾ non esset in demselben cap. XXIII vorbringt; dieser ist in dem Maße vergriffen, daß man sich versucht fühlen könnte, den Ciceronischen Ausruf: O praeclarum interpretem! hier zu wiederholen. Aher glaubt, civitatis mutatio sei überall synonym mit oppidi mutatio und bedeute das Verlassen einer Stadt, der bisherigen Heimath, und Niederlassung in einer anderen (une expatriation, une transmigration). Nun aber seien die Bürger von Salpensa, die durch die Magistratur das römische Bürgerrecht erlangten, keineswegs von dort ausgewandert, sondern als römische Bürger in ihrer lateinischen Heimat ruhig sitzen geblieben. Der kluge Fälscher sei jedoch durch Mißverständnis dessen, was er bei Liv. XLI. 8 und Cic. pro Balbo cap. 13 gelesen, verleitet worden, auch hier an mutatio civitatis zu denken. Dem liegt nun umgekehrt von Seiten des Verfassers ein kaum begreifliches Mißverständnis zum Grunde.

Livius a. a. O. spricht von den Maßregeln, welche a. u. 575 auf Begehren der italischen Bundesgenossen ergriffen wurden, um der Entvölkerung der Bundesstädte, die durch Uebersiedelung ihrer Bürger nach Rom bewirkt wurde, entgegenzuwirken. Solche Uebersiedelung und Aufnahme in die römische Bürgerschaft war ihnen gesetzmäßig gestattet, wenn sie in der Heimat eine Familie zurückließen. Aber diese Schranke wurde durch künstliche Veranstaltung durchbrochen, indem Väter ihre Kinder einem römischen Bürger in's Mancipium gaben, mit der Bestimmung, daß sie von diesem manumittirt und so als Freigelassene römische Bürger würden; und weiterhin war es gewöhnlich geworden, daß Viele ohne alle Umschweife, his quoque imaginibus iuris spretis, promiscue sine lege, sine stirpe, in civitatem romanam per migrationem

²⁾ In der Inschrift: mutatis mutatae, offenbar fehlerhaft.

et censum transibant. Daher wurde nun verboten, nequis quem civitatis mutandae causa suum faceret neve alienaret, und die Magistratus wurden angewiesen, eine Manumission nur dann zuzulassen, wenn der Manumittirende schwöre, civitatis mutandae causa manu non mittere (Liv. l. c. cap. 9 in fine). Auch wurden damals Viele, die in solch ungesetzlicher Weise in die römische Bürgerschaft sich eingeschmuggelt hatten, genöthigt, in ihre rechtmäßige Heimat zurückzukehren. Hier war also allerdings von wirklicher Ein- und Auswanderung (oppidi mutatio) die Rede. Gleichwohl ist es unrichtig, diesen Sinn in das civitatem mutare hineinzulegen. Wenn Livius sagt: per censum in civitatem romanam transibant, so kann er nicht sagen wollen: sie kamen durch den Censur in das Gebiet der Stadt Rom; sie mußten vorher dahin gekommen sein, um sich als Bürger censiren zu lassen; er will vielmehr sagen: sie kamen durch den Censur in die römische Bürgergemeinde, wurden römische Bürger. Das war das alte Recht der latinischen Bundesgenossen, das foedus aequum, das Municipium im alten Sinn, daß jene nach Rom, wie umgekehrt der Römer in die Bundesstadt, einwandern und sich als Bürger aufnehmen lassen konnten, ein Recht, das aus Rücksicht auf die Bundesgenossen durch die oben erwähnte Bedingung beschränkt war; die civitatis mutatio aber wurde erst durch den Censur vollzogen, bestand also nicht in einer Ortsveränderung, sondern in einem Wechsel des Bürgerrechts. Und wenn eine alienatio und manumissio civitatis mutandae causa vorkam, so bedeutete auch dieses nicht eine Manumission um der Ortsveränderung willen, sondern eine Manumission zu dem Zweck, um ein anderes Bürgerrecht zu gewinnen und gegen das bisherige einzutauschen.

Vollends einleuchtend wird dies, wenn wir die Rede des Cicero für den Cornelius Balbus zur Vergleichung heranziehen. Es ist kaum zu denken, daß sie im Zusammenhange gelesen hat, wer glauben kann, daß durch sie die Unächtheit des „civitate mutatus“ in unserer Inschrift bewiesen werde. Cicero spricht viel von mutatio civitatis, vom ius mutandae civitatis oder commune ius mutandarum civitatum. Aber das Wesentliche dabei ist ihm immer der Wechsel des Bürgerrechts, nicht die Aenderung der Niederlassung. Nach römischem Recht konnte Niemand zugleich römischer Bürger und Bürger einer andern freien selbständigen

Stadt sein. Der römische Bürger hörte auf, es zu sein, wenn er in die Bürgerschaft einer freien Stadt aufgenommen war und dieses Bürgerrecht angenommen hatte, und umgekehrt; darin bestand die *mutatio civitatis*; ob eine Uebersiedelung damit verbunden war, ist Nebensache. In cap. 11 heißt es: *si Gaditani sciverint nominatim de aliquo cive romano, ut sit is civis Gaditanus*, so stehe diesem die *potestas mutandae civitatis* zu und hindere ihn nichts, *quominus ex cive romano civis Gaditanus possit esse*, und nach cap. 12 *civi romano licet esse Gaditanum, sive exilio, sive postliminio, sive reiectione huius civitatis*, also dadurch, daß er das Bürgerrecht von Gadix dem römischen vorzieht, und *quid est*, fragt Cicero, *quam ob rem civi Gaditano in hanc civitatem venire (d. i. civem romanum esse, wenn ihm die Römer das Bürgerrecht verliehen) non liceat?* In cap. 20—23 werden viele einzelne Verleihungen des Bürgerrechts an Bürger verbündeter Städte erwähnt, wobei nicht daran zu denken ist, daß die neuen Bürger sofort nach Rom einwanderten. Balbus selbst hatte durch Schenkung des Pompejus, die durch Volksbeschluß bestätigt worden, das römische Bürgerrecht erhalten, vermuthlich lange zuvor, ehe sein Fuß italischen Boden betrat. Die Stelle selbst, welche Asper S. 5 aus Cicero's Rede (cap. 13) beibringt, widerlegt ihn. Nachdem dieser des Grundsatzes erwähnt: *ne quis invitus civitate mutetur neve in civitate maneat invitus*, und hervorgehoben hat, daß nach dem Beispiel des Romulus *nunquam est intermissa a maioribus nostris largitio et communicatio civitatis*, fährt er fort: *Itaque et ex Latio multi et Tusculani et Lanuvini et ex ceteris generibus gentes universae in civitatem sunt receptae, ut Sabinorum, Volscorum, Hernicorum, quibus ex civitatibus nec coacti essent civitate mutari*³⁾, *si qui noluissent, nec si qui essent civitatem nostram beneficio populi romani consecuti, violatum foedus eorum videretur.* Nun wird uns doch Niemand glauben machen, daß jene universae gentes ihre Sitze verlassen, eine *oppidi mutatio* in Asper's Sinne vorgenommen haben, daß die Tusculaner, Lanuviner und andere alle nach Rom eingewandert, wie unter Tullus Hostilius die Albaner nach Rom verpflanzt wurden und Ancus Martius den

³⁾ So liest Drelli; Asper nach andern Ausgaben: *civitatem mutare*.

Aventinus bevölkerte, noch auch, daß nur diejenigen Einwohner der annexirten Städte, welche aus diesen emigrierten, im Sinne Cicero's civitatem mutabant. Es ist vielmehr klar, daß Cicero eben in dem Uebertritt der bisher selbständigen Gemeinden in die römische Bürgergemeinde, welche ohne alle Aenderung ihrer Niederlassung vor sich ging, darin, daß nach Festus universa civitas in civitatem romanam venit, die mutatio civitatis erblickt. Und unter denselben Begriff stellt er (cap. 24) den Fall, wenn einzelnen Latinen zur Belohnung das römische Bürgerrecht gewährt war (lege Servilia aut ceteris, quibus Latinis hominibus erat propositum aliqua ex re praemium civitatis⁴⁾), wobei doch auch nicht daran zu denken ist, daß sie ihre Heimat deshalb verließen.

Somit schwindet alles Bedenken, daß auch bei Denjenigen, welche nach dem Rechte altitalischer latinischer Colonien durch die Magistratur das römische Bürgerrecht erlangten, von mutatio civitatis die Rede war, und der Ausdruck: civitate mutatus mutata hat in meinen Augen vielmehr vollkommen das Gepräge althergebrachter Gesezessprache.

Auffallend allerdings ist der Ausdruck: civitate romana mutatus mutata, der in cap. XXII der lex Salpensana sich findet. Zwar was der Vf. darüber S. 6 bemerkt, ist durch das Obige schon von selbst widerlegt. Er sagt: nach Livius und Cicero sei civitatis mutatio la sortie d'une civitas; la civitas mutata „celle d'où l'émigrant sort, non celle où il entre“. Der Fälscher aber „veut que les anciens magistrats Salpésiens soient des civitate mutati, et ne peut cependant pas les faire sortir de Salpensa, puisqu'il est évident, qu'ils y restent: c'est ce qui le force à faire une civitatis mutatio de leur entrée dans la civitas romana“. Diese entrée, das venire in civitatem romanam im Sinne des Cicero und Festus, war, wie gezeigt, freilich eine civitatis mutatio. Auffallend ist aber doch der Ausdruck: civitate romana mutatus.

⁴⁾ Diese Belohnung verheißt die sog. lex Servilia repetundarum §. 76 fg. dem siegreichen Ankläger im Repetundenprozeß ohne die Beschränkung auf Latini, worin Mommsen eine Unterstützung seiner Meinung findet, daß die Fragmente der älteren Lex Acilia, nicht der von Cicero erwähnten Lex Servilia angehören, welche letzte das praemium civitatis nur den Latinen zugesagt habe. Corp. inscript. lat. I. p. 70.

Bei Cicero a. a. O. finden wir sowohl das Activum: civitatem mutare (cap. 11), als das Passivum civitate mutari (cap. 13, wo jedoch die Lesart zweifelhaft ist) und civitate mutatus (cap. 18). Der letzte läßt sich etwa so deuten, daß Jemand in Ansehung des Bürgerrechts eine Aenderung erfahren, einen Tausch gemacht habe. Aber civitate romana mutatus? Durch das römische Bürgerrecht verändert? Ich gestehe, daß mich dieser Ausdruck befremdet. Aber ich kann es doch eben deshalb nicht wahrscheinlich finden, daß er von einem sonst sehr geschickten Fälscher, der seinen Cicero wohl gelesen hatte, erfunden sei.

4) „Apud IIviros, qui iure dicundo praeerunt eius municipii“ — so lesen wir in cap. XXVIII der lex Salpensana: „Locution contraire aux règles grammaticales“ bemerkt dazu der Vf.; der Genitiv eius municipii in dieser Verbindung! Ähnliches finde ich in keiner ächten Quelle. Dagegen ist zu bemerken:

„IIvir IVvir eius municipii“ findet sich z. B. auch in der Lex Rubria de Gallia cisalpina cap. 19. Nun ist aber IIvir IVvir allein noch gar keine vollständige Bezeichnung des Magistratus; in der lex (Thoria) agraria z. B. cap. 19 fgg. kommen duumviri mit ganz andern speciellen Functionen vor; zu IIvir IVvir ist dort stillschweigend hinzuzudenken: iuri dicundo; es wäre also gewiß auch kein Verstoß gegen die Grammatik, wenn ausdrücklich gesagt wäre: IIvir IVvir iuri dicundo eius municipii. Ferner aber war es, wie dieselbe Lex Rubria und unsere Stadtrechte beweisen, noch gewöhnlicher, im Gesetzesstil ausführlich zu sagen: „qui iuri dicundo praeerunt“. Also die IIviri, qui iuri dicundo praeerunt, bilden erst ein vollständiges Substantivum in der Allen geläufigen Gesetzesprache, ähnlich wie proconsule als Nominativ gebraucht, d. i. qui pro consule est. Demnach ist es nicht haarsträubend, zu jenem combinirten Substantivum noch den Genitiv „eius municipii“ hinzugefügt zu finden. Man möchte vielmehr auch hier mit Giraud sagen: Cela ne s'invente pas.

5) „Uti qui optume (optumo) iure latini libertini liberi sunt erunt“ lesen wir in demselben cap. XXVIII. An diesem ungeschicklichen erunt nimmt der Vf. großen Anstoß. In einem heutigen Handelsvertrage, meint er, möge man sich nicht wundern,

wenn im Voraus auch alle Rechte ausbedungen werden, welche erst künftig einer meistbegünstigten Nation bewilligt werden könnten. Aber: „dans une loi romaine, une pareille clause serait monstrueuse“. Allein wer sich die überaus vorsichtige, fast pedantische Art der Abfassung römischer Gesetze vergegenwärtigt, der wird sich über diese Monstrosität leicht beruhigen. Gerade die Verbindung der gegenwärtigen und zukünftigen Zeit liebt sie, wo beide irgendwie in Betracht kommen könnten: z. B. „oportet oportebit“ in der *lex Julia municip.* I. §. 53, in der *lex Cornelia de XX quacstoribus*; „sunt erunt“ in der *lex Rubria cap.* 23, in der *lex Julia* I. §. 20. 55. 68. II. 34. 68; eben so oft „est erit“, einmal „est erit fuit fuerit“. Warum nicht auch in unserer Stelle: qui . . . liberi sunt erunt? Uebrigens spricht diese gar nicht von Rechten, welche den bestens Freigelassenen jetzt zustehen oder künftig verliehen werden möchten, wie Asper erklärt, sondern sagt nur: die nach cap. XXVIII cit. Freigelassenen sollen so frei sein, wie diejenigen, welche mit vollkommener Wirkung latiniisch freigelassen sind oder künftig freigelassen werden.

6) Den Schluß des cap. XXVIII, mit den Worten: „his numerus decurionum, per quem decreta hl. (d. i. hac lege) facta rata sunt“ nennt der Vf. „une phrase vicieuse et à peine intelligible“. Vermuthlich findet er, daß die Worte *hac lege* nach *facta* stehen müßten; wäre dies der Fall, so müßte ich nichts zu finden, was noch Anstoß erregen könnte. Hier könnte aber leicht ein Versehen des Erzschreibers angenommen werden, der die Buchstaben *h. l.* zu früh eingegraben hatte und es nicht der Mühe werth hielt, den Fehler zu verbessern und das Wörtchen *facta* nachfolgen ließ, weil der Sinn doch unzweifelhaft ist, nemlich daß mindestens zwei Dritttheile der Decurionen zugegen sein sollten.

Zwei Dritttheile! Bei dieser Gelegenheit muß ich noch einen Tadel berühren, den der Vf. in anderem Zusammenhange (p. 14) vorbringt. In der *lex Malacitana cap.* 64 findet sich der Ausdruck: „partes tertiae non minus quam duae“ und ähnlich so in cap. 68 „partes non minus quam duae tertiae“. Diesen hebt der Vf. vor allen hervor als eine der „locutions d'un cachet évidemment moderne“. Allein „duae tertiae partes“ ist keineswegs unlateinisch, also auch nicht „partes tertiae non minus

quam duae“. Eine Flüssigkeit ad tertias decoquere heißt nach Plin. hist. nat. XXI. 71 und Columella de re rust. XII. 20 dieselbe bis auf zwei Drittel einkochen, und bei Columella V, 1 findet sich einmal „partes duae tertiae et una quarta“, und wiederum „partes duae tertiae“. Sodann in L. 84. Theod. Cod. de decurion. XII. 1 finden wir gerade in Beziehung auf die Decurionenversammlung ebenfalls unsere duae tertiae wieder. Die Constitution verordnet: um zu berechnen, ob bei einer Wahl die Decurionen in gesetzlicher Zahl ($\frac{2}{3}$) versammelt seien, solle man diejenigen, welche aus gewissen Gründen abwesend sind, nicht mitzählen (ut eorum in duabus, quae concilio adesse debent, partibus numerus derogetur, quos aut obtentus debilitatis alienat, aut senectus pigra remoratur etc.), und fügt dann am Ende hinzu: ut ex reliquo numero duabus tertiis supputandis⁵⁾; d. h. indem nemlich von der alsdann übrig bleibenden Gesamtzahl die zwei Dritttheile zu berechnen sind. Man vergleiche auch noch Ulp. VI. 10: Liberorum nomine sextae retinentur ex dote, non plures tamen quam tres.

Demnach sind die duae tertiae partes nicht so ganz von modernem Gepräge, wie der Vf. annimmt, und vollends unrechtfertigt ist es, wie der Vf. S. 20 thut, sie als einen groben grammatischen Fehler zu notiren. Der Umstand vielmehr, daß wir in der Lex Salpensana cap. XXIX den Ausdruck „duae partes decurionum non minus“ finden, ähnlich wie im Edict von Venafrum „non minus quam duae partes decurionum“, in der lex Malacitana cap. LXIV aber „eorum partes tertiae non minus quam duae“, — dieser Umstand kann zum Beweise dienen, daß nicht die beiden Tafeln von einem Falsarius fabricirt worden sind.

Doch der Vf. entdeckt in cap. LXIV cit. „deux fautes grammaticales grossières“, nemlich „duae tertiae partes“ und „adessent“. Er stellt neben einander die Fassung in der Tafel von Salpenja:

„Ex decreto decurionum quod cum duae partes decurionum non minus adfuerint factum erit,“

⁵⁾ Die handschriftliche Lesart ist zwar duobus; aber die Verbesserung duabus ganz unbedenklich. Dagegen et für ut zu setzen, wie Gothofred und Beck angeben und Hünsl nicht misbilligt, das scheint mir keine Verbesserung, auch nicht nothwendig, wie der letzte angemessener sünde, ut ganz zu streichen.

in dem edictum de aquaeductu Venafrano:

„Ex maioris partis decurionum decreto, quod decretum ita factum erit, cum in decurionibus non minus quam duae partes decurionum adfuerint“⁶⁾

und in der Tafel von Malaga:

„Ex decurionum conscriptorumque decreto, quod decretum, cum eorum partes tertiae non minus quam duae adessent, factum erit“.

Die erste scheint ihm „de beaucoup la plus élégante“, und er findet darin die Spur einer vom Fälscher benutzten ächten Inschrift, da diesem das erst in neuester Zeit bekannt gewordene Edict von Venafrum nicht zum Muster gedient haben könne. Die dritte aber findet er geradezu fehlerhaft und darin den Beweis ihrer Unächtheit. Den einen Fehler haben wir als keinen erwiesen. Es bleibt nur der andere: „cum . . . adessent, factum erit“. Dessen Quelle könnte man etwa in L. 3. D. quod cuiusque univ. 3. 4 finden, wo wir lesen: „quum duae partes adessent“, ganz richtig, weil das Perfectum „dedit“ vorhergeht, während in Beziehung auf das Futurum „factum erit“ allerdings vielmehr adfuerint zu erwarten wäre. Aber diese Abweichung in Betreff der consecutio temporum für einen groben grammatischen Fehler und deshalb das merkwürdige Monumentum für falsch zu erklären, das scheint mir doch zu Kühn, wenn ich in einem älteren Monument, dem sog. Sc. de Bacchanalibus, zweimal lese:

„isque de senatus sententia, dum ne minus senatoribus C adessent, quom ea res cosoleretur, iussisset“

und in Beziehung darauf bei Liv. XXXIX. 18

„si ei permissum esset, quum in Senatu non minus centum essent“.

In den bisher besprochenen Mängeln des Vf. haben wir also keinen hinreichenden Grund gefunden, den Glauben an die Aechtheit der Tafeln von Salpensa und Malaga aufzugeben. Sollen wir nunmehr

II. ob die unter Nr. V von demselben aus dem Inhalt des cap. XXIII und XXVIII der Tafel von Salpensa geschöpften Bedenken uns dazu nöthigen?

⁶⁾ Asher hat hier unrichtig aderunt.

Der Vf. behauptet vor allem

1) Der Grundgedanke des cap. XXIII sei nur das Erzeugnis eines krankhaften Scharfsinns: „L'idée mère du chapitre XXIII est un curieux produit d'une sagacité malade“. Der Verfasser der Tafel, so meint er, verwechselte nicht nur die *civitas romana* gewesener Magistratus von *Salpensa* mit der *civitas romana* der Bewohner Rom's, sondern confundire auch die Grundsätze des Privatrechts der Provinzen, welches auf der Jurisdiction der Provinzialregenten beruhte (qui est basé sur la iurisdiction), mit denen des römischen *ius civile*, welches auf der römischen Gesetzgebung beruhte (qui est basé sur la legislation). In dieser Bemerkung spricht der Vf. einen großen Irrthum gelassen aus. Er glaubt, das Recht des römischen Bürgers sei ein anderes gewesen in Rom, ein anderes in den Provinzen. Ich begreife nicht, woher dem Vf. diese Idee gekommen. Meines Wissens ist es bisher noch nicht bezweifelt worden, daß das Bürgerrecht (*civitas romana* in diesem Sinn) der Person einen Charakter gab, der überall gleich überallhin sie begleitete, so weit die römische Macht ihm Schutz verlieh. Das Bürgerrecht schloß in seiner privatrechtlichen Bedeutung das *ius connubii* und *commercii* nach römischem Recht in sich; das *ius civile* oder *ius Quiritium* war *ius proprium civium Romanorum* überall im Gebiete der römischen Macht; überall gewährte es das gleiche *ius connubii et commercii* nach römischem Recht; nur konnte keiner römisches Eigenthum an Provinzialboden haben, weil die Sache nicht in *commercio iuris civilis*, der *fundus provincialis* nicht *ager romanus* war. Wie der Apostel Paulus, ehe er Rom gesehen hatte, der Strafgewalt des Statthalters gegenüber mit Recht sich darauf berief, daß er römischer Bürger sei („*civis romanus sum*“), so konnte er in privatrechtlicher Beziehung verlangen, nach römischem Recht beurtheilt zu werden. Alle römischen Bürger, wo sie auch sein mochten, hatten in Rom die *communis patria* und vor dem römischen Prätor ihren Gerichtsstand, das *forum originis commune*. Allerdings unterstanden sie auch der Jurisdiction des Statthalters der Provinz, in so fern sie dort ihren Wohnsitz hatten oder einen Contract eingegangen waren. Aber wie hätte der Statthalter behaupten mögen, hier gelte für sie nicht römisches Recht, sondern nur, was er in seinem Provinzialedikt als Recht zu setzen für gut befunden? Warum hätte

dann Cicero in ſeinem Provincialedict bezüglich einer ganzen Reihe von Rechtsverhältniſſen auf die edicta urbana verwieſen? Allerdings konnte auch für römische Bürger ſo wenig in den Provinzen wie vor dem Gericht des praetor peregrinus in Rom excluſiv römische Recht zur Anwendung kommen, wenn ſie mit Peregrinen in Rechtsverhältniſſe getreten waren; aber in Rechtsſtreitigkeiten zwiſchen römischen Bürgern kam in den Provincialgerichtshöfen unzweifelhaft daſſelbe Recht zur Anwendung, wie in dem Gericht des praetor urbanus in Rom, ſofern nicht etwa eine einzelne eigenthümliche, von dem Edict des praetor urbanus abweichende Beſtimmung des Provincialrechts auch für römische Bürger in Betracht kommen konnte.

Nach Aufdeckung dieſes Grundirthums des Vf. ergibt ſich leicht, daß die vermeintlichen Wunderlichkeiten, die er in dem cap. XXIII entdeckt, nur in ſeiner Einbildung exiſtiren, und daß er den Sinn dieſes cap. gar nicht verſtanden hat. Er glaubt, der Fäliſcher, welcher irrig in der Erhebung der geweſenen latinischen Magiſtratus zu römischen Bürgern eine civitatis mutatio geſehen, habe deſhalb eine capitis deminutio media derſelben angenommen, welche ihre bisherigen Rechte zerſtört haben würde, wenn ſie ihnen das Geſetz nicht ausdrücklicly erhielt; deſhalb habe er nöthig befunden, ihnen die inra libertorum, das Patronatrecht gegenüber ihren bisherigen latinischen Freigelassenen, ausdrücklicly vorzubehalten. Dies ſei aber pure Einbildung, weil jene geweſenen Magiſtratus in Salpenſa blieben und alle ihre bisherigen Privatrechte, wie ſie durch das Provincialedict begründet waren, das auch den Duumviren zur Richtſchnur diente, unverändert behalten mußten. „La civitas, ſagt der Vf., ne pouvait donc leur faire perdre les avantages, que la iurisdiction des II virs leur garantissait auparavant“, und ſetzt hinzu: „Ainsi les dangers, contre lesquels le chapitre XXIII se dirige, n'ont aucun fondement réel et n'existent que dans l'imagination de notre faussaire trop sagace“. Dieſer Vorwurf aber fällt mutatis mutandis vielmehr auf den Ankläger in dieſem crimen falsi zurück. Das Wahre nehmlich iſt dieſes:

Wie für die römischen Bürger römiſches, ſo galt für die latini coloniarii latinisches Recht: iure Latii utebantur. Dieſes hatten die duumviri der Colonie wie der Statthalter der Provinz zu beachten; nicht des letzteren Edict war die Quelle

ihres Rechts. Wurde nun ein einzelner *Latinus colonarius* römischer Bürger, so galt für ihn von da an römisches Recht. Eine *capitis deminutio* haben die Römer darin nie erkennen können; von einem Verlust ihrer Privatrechte aus diesem Grunde konnte keine Rede sein; im Vermögensrecht zumal schon darum nicht, weil die *Latini* als solche ohnehin *commercium iuris civilis* hatten. Aber der römische Bürger konnte nicht einen *Latinus* in seiner Familiengewalt haben, und doch wollte das Gesetz die bisherige Familienverbindung desjenigen, der durch die Magistratur römischer Bürger geworden war, nicht zerstören. Darum bestimmte das Gesetz für *Salpensa* in cap. 21, daß mit jenem auch dessen Eltern, Gattin und Kinder das Bürgerrecht erlangen sollten, und in cap. XXII, daß nunmehr auch das Verhältnis familienrechtlicher Gewalt und Abhängigkeit unter jenen in die römische Bürgerschaft eingereihten Personen ungestört fortbestehen sollte, als ob sie eine Änderung ihres Status nicht erlitten hätten. Aber Freigelassene des zum römischen Bürger erhobenen *Latinus* sollten nicht ebenfalls römische Bürger werden. Nun konnte sich die Frage erheben, ob damit nicht das Patronatrecht wegfallt? Kann denn, so mochte man fragen, ein römischer Bürger Patronus eines Freigelassenen sein, der *Latinus colonarius* ist? Kann er als solcher dessen gesetzlicher Erbe sein, da doch sonst in Ansehung des gesetzlichen Erbrechts zwischen römischen Bürgern und *Latinen* eine Rechtsgemeinschaft nicht besteht? *) Diese Fragen beantwortet das Gesetz, indem es ausdrücklich eine solche Anomalie sanktioniert. Daher das cap. XXIII. Wahrlich, wer das erfunden hätte, der verdiente ein Ehrendiplom. — Doch der Vf. hat darin

2) noch einen secundären Fehler entdeckt. Es spricht auch von *libertatis causa imposita*, von Verpflichtungen, welche der Freigelassene gegen den Patron übernommen; auch den Anspruch auf deren Erfüllung soll der bisherige Patronus ungeachtet seiner *status mutatio* behalten. Nun aber, sagt der Vf., ist von solchen Auflagen (*ad remunerandum tam grande beneficium, quod in liberos confertur, quum ex servitute ad civitatem romanam perducuntur* — L. 1 pr. D. de bon. lib. 38. 2) in

*) Vgl. Gai. III. 56. „neque liberti Latini hominis bona ad patronos pertinere . . . possent.“

den Quellen nirgendwo in Beziehung auf unvollkommene Freilassungen die Rede. Denkt der Vf. dabei an *Latini Juniani*, so ist dagegen zu bemerken, daß in den Digestentiteln *de operis* und *de bonis libertorum* natürlich nichts mehr davon vorkommen konnte, weil es nach Justinianischem Recht keine solche unvollkommene Freilassung mehr gibt, und in den vorjustinianischen Quellen ist von der *obligatio libertorum* überhaupt nur sehr spärlich und gelegentlich die Rede. Es kann aber nach der Natur des Verhältnisses gar nicht bezweifelt werden, daß, seitdem der Prätor unvollkommen Freigelassene als in *libertate morantes* schätzte und seitdem diese die *lex Junia* auch gesetzlich für frei erklärt hatte, der Prätor gleichwohl den bei solchen Freilassungen eingegangenen Verpflichtungen wenigstens in demselben Maße rechtliche Wirkung beigelegt habe, als es nach dem Edict in Folge vollkommener Freilassungen der Fall war. Zudem aber ist in unserem cap. XXIII gar nicht die Rede von unvollkommenen Freilassungen jener Art, sondern vielmehr von vollkommen, jedoch nur nach latinischem Recht vollkommen Freigelassenen, welche durch die Freilassung *Latini coloniarii*, *cives coloniae Latinae* geworden waren, wie die Freigelassenen römischer Bürger *cives romani* wurden. Daß aber auch nach latinischem Recht dem bisherigen Sklaven dergleichen Verbindlichkeiten auferlegt werden konnten, das ist doch gewiß nicht dem mindesten Zweifel unterworfen. Auch von den Latinen konnte gewiß gesagt werden, was nach L. 1 pr. cit. *Servius Sulpicius* von den römischen Bürgern berichtete, daß sie *antea soliti fuerunt a libertis durissimas res exigere, scilicet ad remunerandum tam grande beneficium*, und auch bei ihnen wird nach dem Vorbild des prätorischen Edicts dieses Rechtsverhältnis durch die *magistratus ius dicentes* geregelt worden sein. So geben auch diese *libertatis causa imposita* vielmehr einen Beweisgrund für, als einen Verdachtsgrund gegen die Richtigkeit unserer Inschrift ab.

Hiernach steigt unsere Hoffnung, daß es gelingen werde, auch die noch viel einleuchtenderen Irrthümer, welche nach *Asper's* Meinung das cap. XXVIII der Tafel von Salpensa in sich bergen soll, als bloße Irrthümer des allzuscharfsinnigen Anklägers der Fälschung zu erweisen. Als solchen erkennt man leicht, wenn der Vf.

3) dem cap. XXVIII einen Vorwurf daraus macht, daß darnach die Freilassung von Sklaven in der Colonie von Salpensa apud duumviros zu geschehen habe, wie die römische manumissio vindicta apud magistratum, apud quem legis actio est, während wir doch wissen, freilich erst seitdem die Fragmente des Ulpian und Dositheus bekannt geworden, daß nach der lex Junia eine ganz formlose Freilassung genügte, um den Freigelassenen zum Latinus zu machen. Dabei ist übersehen, daß das cap. XXVIII von vollkommener Freilassung nach latinischem Recht spricht, wodurch der Freigelassene optimo iure latinus libertinus wird. Daß aber diese Freilassung nach altlatinischem Recht ganz analog der römischen manumissio vindicta gewesen sei, das ist eben so wahrscheinlich, als es unwahrscheinlich ist und von Niemandem mehr geglaubt wird, was Theophilus zu §. 4 J. I. 5. dem Livius (II. 5) und dem Pomponius (in L. 2. §. 24 D. de orig. iur.) gläubig nachspricht, daß die Bezeichnung dieser Manumissionsart von dem Namen des Verräthers der verrathjüngenden Söhne des ersten Consuls Junius Brutus herzuweisen sein möge. Als handgreiflicher Mißgriff stellt es sich hiernach auch sofort heraus, wenn der Vf.

4) in den optimo iure latini libertini den Beweis findet, daß der vermeintliche Fälscher von der lex Junia nichts gewußt habe. Daß die lex Junia „s'adresse à la iurisdiction provinciale comme à la iurisdiction urbaine“ mag zugegeben werden; daß sie auch von den Provinzialstatthaltern geachtet werden mußte, versteht sich von selbst. Sie war aber jedenfalls zunächst ein römisches Gesetz, das die Freilassungen von Seiten römischer Bürger betraf, und daß sie sich auf peregrinische Freilassungen nicht bezog, ist gewiß (Dosithe. §. 14); wie wäre es auch denkbar, daß ein Peregrinus seinen Sklaven zum Latinus hätte machen können? Aber es ist an sich sehr wahrscheinlich und geht gerade aus unserem cap. XXVIII hervor, daß sie auch in den latinischen Colonien recipirt oder octroyirt worden. Daß aber die lex Junia „n'admet qu'un seul genre de latinité“, nemlich die der latini coloniarii, ist trotz Gaius (III. 56), ja, wie eben aus dieser Stelle klar hervorgeht, offenbar unrichtig. Warum wären sonst jene unvollkommen Freigelassenen als Latini Juniani von andern Latinen unterschieden? Hatten doch jene nicht, wie diese, die Fähigkeit ein Testament zu errichten, nicht das ius capiendi he-

reditatem legataque ex testamento⁸⁾. Indem der Verfasser latini libertini optimo iure nennt, gibt er eben zu erkennen, daß er von anderen weiß, die nicht optimo iure sind, und diese waren eben die Latini Juniani. Eben so leicht beseitigt sich

5) das Bedenken gegen die Bestimmung des cap. XXVIII in fine, wornach als Consilium, welches die Beweggründe der Freilassung von Seiten eines noch nicht zwanzigjährigen Herrn zu prüfen hatte, die Decurionenversammlung zu fungiren hätte. Bekanntlich hat die lex Aelia Sentia eine Vorschrift dieser Art aufgestellt. Darnach aber bestand das Consilium, dem die Prüfung oblag, in Rom aus 5 Senatoren und 5 Rittern, in den Provinzen aber aus zwanzig Recuperatoren, die römische Bürger waren⁹⁾. Diese fanden sich bei den Gerichtsversammlungen, welche die Statthalter wechselweise an verschiedenen Orten der Provinz abhielten, ein und wurden aus ihnen die Urtheiler in den Privatprozeffen erkoren; am letzten Tage des Conventus aber sollten sie dann in jener Zahl zusammentreten, um jenes Consilium zu bilden. Dies nicht wissend, meint nun Ascher, habe der Fälscher aus eigenem Einfall, im Widerspruch mit dem, was wir aus Gaius und Ulpian wissen, anstatt des in Justinian's Institutionen (I. 6. §. 4) ohne nähere Erklärung genannten Consilium dem Stadtrath von Salpensa jene Prüfung zugewiesen. Allein die lex Aelia Sentia betraf zunächst auch nur die Freilassung von Sklaven römischer Bürger; darum bildeten nur römische Bürger das Consilium, obwohl in den Conventus nach Umständen auch Peregrinen als Urtheiler fungiren konnten. Wenn nun die fragliche Bestimmung auf die Bürger latinischer Colonien ausgedehnt wurde, so wäre es sehr unpassend gewesen, dazu jenes unstete Consilium römischer Bürger zu requiriren; es konnte nichts angemessener gefunden werden, als jene Funktion dem ständigen, an Ort und Stelle jederzeit zugänglichen ordo decurionum zu übertragen, und das um so mehr, da die gebilligte Freilassung selbst vor dem Magistratus der freien latinischen Gemeinde stattfand, nicht vor dem Provincialstatthalter zu geschehen hatte, und aus dem ordo decurionum dort gewiß auch der magistratus iuri dicundo die Urtheiler in Privatprozeffen wenigstens

⁸⁾ Gai. I. 23. 24. II. 110. III. 58. Ulp. XVII. 1. XXI. 14. XXII. 3.

⁹⁾ Gai. I. 20. 40. 41. Ulp. I. 13.

vorzugsweise zu nehmen pflegte. Müßte man diesen Passus für erfunden halten, so hätte man auch hier also wieder allen Anlaß, die Meisterschaft des Erfinders zu bewundern, zumal eines Erfinders, welcher in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts lebte und die Fragmente des Ulpian und Dositheus, geschweige die ächten Institutionen des Gaius, nicht kannte¹⁰⁾.

Nunmehr wird uns auch das Bedenken nicht mehr viel Schwierigkeit machen, welches der Vf.

6) in Betreff des Passus: „dum ne . . . quae virgo mulierve sine tutore auctore quem quamve manumittat liberum liberamve esse iubeat“ erhebt. Er hält es für undenkbar, daß durch ein Gesetz aus Domitian's Zeit in Spanien einem Rechtsinstitut, das schon zu Cicero's Zeit fast ganz abgestumpft war (*émoussé*), neue Kraft verliehen worden sei, und er findet darin einen Widerspruch mit Gaius. Beides ist völlig grundlos.

Wenn Gaius I. 193 schreibt: *apud peregrinos non similiter ut apud nos in tutela sunt feminae*, so hat er sicher mit gutem Vorbedacht geschrieben „*apud peregrinos*“, im Gegensatz nicht nur der *cives romani*, sondern auch der *Latini*. Gaius bemerkt anderwärts (I. 55), daß *fere nulli alii sunt homines, qui talem in filios suos habent potestatem, qualem nos habemus*, und erwähnt auch dabei nicht, daß doch das Recht der *Latini* dem römischen verwandt sei. Gleichwohl ist nicht zu bezweifeln, daß die *patria potestas* bei den alten *Latini* wesentlich denselben Charakter hatte, wie bei den Römern. Wie hätten sonst jene ihre Kinder einem römischen Bürger in das *Mancipium* geben können (Liv. XLI. 8)? Und wie die *patria potestas*, so waren gewiß auch *manus* und *mancipium* nicht minder in dem Rechte des alten Latium wie in dem Rechte Rom's anerkannt. Es ist meines Erachtens überhaupt nicht zu bezwei-

¹⁰⁾ Beiläufig sei noch bemerkt: der Vf. hebt S. 10 hervor, aus Dig. XLVII. 14. fr. 1 und der Collat. XI. 6. §. 4 gehe hervor, daß auch in der Provinz Baetica, in welcher *Salspensa* lag, jenes *Consilium* bestanden habe. Auch das ist gewiß ein Mißverständnis. Das *consilium* oder, wie wir in der Collatio lesen, *concilium Baeticae*, an welches Hadrianus oder Antoninus rescribirt hat, war gewiß nicht das *consilium viginti recuperatorum*, von dem Gaius I. 20 spricht, sondern ein Provinzialsanctag. Die Provinz Baetica zählte nach Plin. hist. nat. III. 3 vier *conventus iuridici*, konnte also nicht bloß ein *consilium Baeticae* in dem obigen Sinn haben.

feln, daß das Recht des alten Latium innerlich durchaus die größte Verwandtschaft mit dem römischen Rechte hatte, und so fern durch römische Gesetze Verschiedenheiten begründet waren, wurden auch diese vielfach wieder dadurch ausgeglichen, daß die Bundesgenossen jene aus freiem Entschlusse sich aneigneten (Cic. pro Balbo cap. 11). Und jene familienrechtlichen Verhältnisse waren ihrem Wesen nach sicher nicht zuerst durch römische Gesetze eingeführt, sondern von den Römern aus dem Rechte ihrer Stammgenossen in ihren Staat mit herübergenommen. Es genügt in dieser Beziehung auf Giraud S. 34 fg., 40 fg., 97 fg. zu verweisen. Waren nun die Frauen auch bei den Latinen in patria potestate oder in manu, so ist es fast consequent und jedenfalls nicht im Mindesten unwahrscheinlich, daß die femina sui iuris auch bei ihnen unter Tutel stand. Nun wurden aber die latinischen Colonien als Tochterstädte auf das Recht Latiums gegründet, wie die Colonien römischer Bürger vollständig römisches Recht erhielten, und wo eine latinische Colonie nicht von dem noch freien Latium ausgegangen, sondern a populo romano data erat, da konnten ihr zudem bei der Gründung sofort noch römische Gesetze oktroyirt werden. Das iactatum procellis reipublicae Latium, welches durch Vespasian nach Spanien verpflanzt wurde, hatte die Bedeutung, daß im Ganzen latinisches Recht dort das herrschende wurde, und wenn die Spanier damit auch die tutela feminarum übernahmen, so war das eben nur ein Bestandtheil jenes Rechts, wie es in früheren Zeiten, vor den leges de civitate sociorum, im eigentlichen Latium bestanden hatte.

Allerdings war nun zu Domitian's Zeit die Tutel über Frauen im römischen Recht selbst sehr abgeschwächt; die wichtigste, die legitima agnatorum tutela, war durch die lex Claudia ganz beseitigt, und nach der lex Julia et Papia Poppaea erfreuten sich viele Frauen gänzlicher Befreiung von der Tutel. Aber eine practisch wichtige Institution blieb sie doch noch die ganze Zeit der classischen Jurisprudenz hindurch, und insbesondre die legitima tutela des Patronus über die liberta war immer noch von erheblicher Wichtigkeit. Das beweist eben die Stelle aus Ulpian (XI. 27), die der Vf. S. 11 selbst anführt; das beweisen ferner Gai. II. 80. 81. 85. 112. 113. 118. III. 108. 171. I. 184. 195. Ulp. I. 17. XI. 20. Vat. fragm. §. 1. 45; und als bestehend

wird dieselbe noch zu Diocletian's Zeit vorausgesetzt nach den fragm. Vat. §. 325. 327. Unzweifelhaft ist namentlich, daß die Frau, welche unter Tutel stand, eine Manumissio durch Vindicta ohne Auctoritas ihres Tutors nicht vornehmen konnte, und zwar, weil diese ein civile negotium war, das sogar eine legis actio, die in iure cessio, in sich schloß, zwei Momente, deren jedes für sich genügte, die Auctoritas nothwendig zu machen (Ulp. l. c.). Aber eine Freilassung nach der lex Junia? War sie auch dazu erforderlich? Der Vf. sagt: Nein, und deshalbbürdet er dem cap. XXVIII cit. abermals einen groben Fehler auf. Dabei aber begeht er selbst wieder den Fehler, daß er die Bestimmung darin von einer unvollkommenen Freilassung versteht, während sie klar und deutlich von einer vollkommenen latinischen Freilassung spricht. Und dann hat er auch in Ansehung der unvollkommenen Freilassung ex lege Junia augenscheinlich Unrecht. Wenn nach Ulpian a. a. O. die Frau ihrer Freigelassenen nicht ohne Auctoritas des Tutors erlauben konnte, in contubernio alieni servi morari (und das war doch wahrlich kein civile negotium), weil sie dadurch ex senatus consulto Claudiano ihres Patronatsrechts verlustig werden konnte, wie sollte es ihr zustehen, ihren Sklaven inter amicos oder per epistolam frei zu machen? Lag doch darin eine abalienatio einer res Mancipi, die ihr nach Ulpian nicht gestattet war. Dies läugnet zwar Affer, weil in L. 9. Cod. III. 33 (vgl. auch L. 40. D. de stip. serv. 45. 3) alienatio und manumissio unterschieden wird. Aber im weiteren Sinn mußte man unter jener gewiß auch diese begreifen, eben so wohl, wie den Verlust einer Servitut non utendo (L. 5. D. de fundo dot. 23. 5), und wenn die lex Julia eben so die Veräußerung von Dotalsklaven wie die des Dotalgrundstücks verboten hätte, so hätte sicherlich kein römischer Jurist bezweifelt, daß der Mann den Sklaven auch nicht freilassen könne. Zu allem Ueberflus belehrt uns Dositheus §. 15 ganz klar, daß die Frau, die nicht das ius liberorum hatte, sine tutoris auctoritate ihren Sklaven auch nicht zum Latinus machen konnte; eine Streitfrage bestand nur darüber, ob die Auctoritas des Tutors zur Ausfertigung der epistola genüge oder zur Zeit des Empfanges derselben erfordert werde?

„Nous n'avons relevé que les erreurs, sur lesquelles aucune controverse ne devrait être possible“: so schreibt der

Vf. S. 12. Nach der bisherigen Ausführung könnten wir füglich den Satz gegen den Vf. selbst wenden; wir glauben unbestreitbare Irrthümer desselben nachgewiesen zu haben, Irrthümer, auf welche man zum Theil mit vollem Recht die Bemerkung auf S. 13 anwenden könnte:

„Pour admettre tout cela comme vrai, il faudrait bouleverser complètement l'histoire du droit romain“.

Weniger leicht als die bisher besprochenen sind diejenigen Einwendungen zu beseitigen, welche der Vf. S. 19 fg. gegen den Inhalt des cap. XXIX der lex Salpensana erhebt, obwohl er darin gerade Reste einer unzweifelhaft ächten Inschrift, die der Fälscher benutzt habe, erkennt. Dieses cap. hat schon Laboulaye als besonders anstößig hervorgehoben, und die Vertheidigung desselben hat dem Gegner Laboulaye's, Giraud, allerdings einige Schwierigkeit gemacht. Allein wenn alle anderen von dem Vf. angeführten Beweisgründe für die Unächttheit der Inschrift sich als hinfällig erwiesen haben, so ist das, was derselbe S. 20 über die angeblichen Absurditäten dieses cap. mit wenigen Worten bemerkt, gewiß nicht hinreichend, die Unächttheit der Inschriften zu beweisen, wenn wir damit die bisherigen Erklärungsversuche, insbesondere die gründliche Untersuchung von Giraud S. 123 — 158 (vgl. die krit. Ueberschau IV. S. 419 fg.) vergleichen, und dürfen wir jedenfalls als Resultat unserer Erörterung die Ueberzeugung aussprechen, daß in dem Streite über die Richtigkeit der berühmten Inschriften, sofern er noch bestand, das Gewicht in der Waagschale, welche ihrer Verurtheilung sich zuneigt, durch die hier besprochene Schrift nicht um einen Gran verstärkt worden sei, und daß diese, sofern man den Streit schon als beigelegt betrachten konnte, denselben einigermaßen leichtfertig wieder aufgeregt habe.

Was dem Vf. eigenthümlich ist, die Idee nemlich, daß die Inschriften mit Benutzung einer verlorenen ächten Inschrift durch einen Gelehrten des 16. Jahrhunderts zwischen den Jahren 1530 bis 1570 fabricirt worden seien, das ist in der einen Beziehung, was den Endpunkt dieser Zeitbestimmung betrifft, durch obige Ausführung vollständig als nichtig dargethan. Können wir zum Schluß auch noch einmal auf die Combination zurück, auf welcher die Bestimmung des Anfangspunktes beruht.

Im Jahre 1516 war es, daß die Bürger von Malaga, entschlossen, ihre Stadt energisch zu vertheidigen, die Riesenkanone gießen ließen. Aber der kriegerische Enthusiasmus legte sich alsbald, als der Cardinal Ximenes sechstausend Mann Fußvolk und vierhundert Reiter in Eilmärschen gegen die Stadt anrücken ließ. Als diese nur noch zwei Tagesmärsche von ihr entfernt waren, fanden die Bürger es gerathener, sich darcin zu ergeben, daß ihren vom Cardinal selbst als gegründet erkannten Beschwerden über die Uebergriffe des Admiraltätsgerichtshofes in friedlichem Wege Abhilfe gewährt werde, und der Cardinalregent konnte dem König Karl nach Belgien berichten, daß der Aufstand in Malaga beschwichtigt sei. Ist es nun wohl wahrscheinlich, daß vierzehn Jahre später ein Alterthumsgelehrter sich die Mühe gegeben, eine Rieseninschrift (*un produit gigantesque*) mit großer Sorgfalt und Sagacität zu verfassen und mit großen Kosten in Erz graben zu lassen und im Boden zu verbergen, nur zu dem Zwecke, um sie bald wieder hervorzuholen und durch die uralten Municipalfreiheiten der Stadt, nicht mehr dem großen Cardinal (denn dieser war schon 1517 gestorben), sondern etwa dem dormaligen Großadmiral von Kastilien, der schwerlich Verständnis dafür hatte, Respekt einzulösen? daß er dann aber die Entdeckung des verborgenen Kunststücks dem Zufall überlassen habe, der erst nach Jahrhunderten so gnädig gewesen ist, es wieder an den Tag zu bringen? Und welchen Effect hätten sie auch, rechtzeitig producirt, in dem erwähnten Streite haben können? Dieser war ja nur veranlaßt durch die Competenzconflicte zwischen dem Admiralsgerichte und dem ordentlichen königlichen Richter in Malaga, welche zur Folge hatten, daß die Umgegend der Stadt durch strafloses Gefindel, Matrosen und Soldaten, belästigt wurde. Malaga war noch vor 30 Jahren eine maurische Stadt gewesen und hatte bis dahin über sieben Jahrhunderte lang unter maurischer Herrschaft gestanden. Welcher Stockgelehrte mochte sich einbilden, in diesen Verhältnissen einen praktischen Zweck zu fördern durch Vorlegung einer alten Inschrift, worin von *duumviri* und *Decurionen*, von *Patroni* und *Praedes* u. dgl. m. die Rede war? Wahrscheinlicher daher möchte man es finden, daß zu der Zeit, als die aufgeregten Malacitaner alle ihre Erzgefäße zusammentrugen, um das *ingens tormentum* daraus zu verfertigen, ein Liebhaber von Alterthümern, der glückliche Besitzer der alten Erz-

tafeln, ängstlich besorgt um diesen Schatz, dieselben wohlverwahrt im Schooß der Mutter Erde zu bergen beflissen war, um sie der Gefahr, ebenfalls jener zerstörenden Specification unterworfen zu werden, zu entziehen, und daß sie dort nun zufällig begraben blieben, wie mancher im dreißigjährigen Kriege geborgene Schatz erst in unsern Tagen wieder zu Tage gekommen ist, weil der, welcher ihn geborgen, verhindert worden, ihn wieder zu heben. Auf diese Weise wäre dann zugleich für die Eigenthümlichkeit des Fundes, welche man ebenfalls als Verdachtsgrund gegen die Aechtheit der Inschriften geltend gemacht hat, eine befriedigende Erklärung gefunden.

Mit dieser Bemerkung will ich die lange Erörterung schließen, die ich selbst als zu lang tadeln müßte, wenn es sich nicht um die Aechtheit von Denkmalen handelte, die zu den interessantesten gehören, welche wir besitzen, und um die Ehrenrettung unserer größten Gelehrten und scharfsichtigsten Alterthumskenner, als welche sich durch einen allerdings mit großer Geschicklichkeit ausgeführten Betrug, aber doch immer einen Betrug, der sogar nach der Ansicht unseres Gegners unfehlbar zu erkennen war, hätten täuschen lassen, wenn die Tafeln wirklich ein falsches Fabrikat wären. Nur das noch möge mir in Beziehung auf die Schlußbemerkung der Schrift zum Schlusse gestattet sein, den Wunsch auszusprechen, daß es deren Verfasser gefallen möge, den quellenmäßigen Nachweis beizubringen, welcher große Mann es war, der den berühmten Satz: „Der Zweck heiligt die Mittel“ zuerst ausgesprochen hat. Er muß es wissen, denn die Schlußbemerkung lautet:

„Son artifice est bien celui d'un parti vaincu, il est bien celui d'un contemporain et compatriote du grand homme, qui prononça le fameux adage: Le but sanctifie les moyens“.

Wien, den 15. Dezember 1866.